

Wolfgang Fritz Haug

Zur Kritik des PDS-Programmentwurfs¹

„Was tun Sie“, wurde Herr K. gefragt, „wenn Sie einen Menschen lieben?“

„Ich mache einen Entwurf von ihm“, sagte Herr K.,

„und sorge, dass er ihm ähnlich wird.“

„Wer? Der Entwurf?“

„Nein“, sagte Herr K.,

„der Mensch“.

BRECHT, *GESCHICHTEN VOM HERRN KEUNER*

Allgemeines

Wenn das Programm leben soll, muss es in klarer und allgemeinverständlicher Sprache einprägsam formuliert sein. Es muss fähig sein, zugleich die Aktivisten zu orientieren und zunächst noch Fernstehende zu gewinnen. Es darf also keine Gruppensprache verwenden. Phrasen müssen nüchternen Bestimmungen weichen: Was am Weltzustand macht sozialistische Politik nötig? Worauf will sozialistische Politik dagegen hinaus? Wie greift sie ein?

Theoretisch gehaltvolle Begriffe, die nicht zum Gemeinwissen gehören, müssen entweder eingeführt oder weggelassen werden. Dazu gehören etwa „Regulation“ und „Zivilgesellschaft“ (beide sollten in der Tat angemessen eingeführt werden). Gleiches gilt aber auch von Thesen wie der von der „heutigen gesamt-gesellschaftlichen Dominanz von Profit“ (obwohl das vielleicht einfach unter die Rubrik ‘unklare Formulierungen’ gehört, gibt es doch eine ganze Reihe gesellschaftlicher Sphären, wo keine Profitdominanz besteht; sollte aber die Gefahr gemeint sein, dass das Profitprinzip entgrenzt wird und auf jene Sphären übergreift - wie bei Habermas, wenn er von der Kolonialisierung der Lebenswelt spricht -, dann muss das klar gesagt werden).

Wiederholungen werden oft als rhetorisches Mittel eingesetzt. Etwa, wenn man einen Missstand nach dem andern anprangert und dazwischen immer wieder sagt: „Das kommt vom Neoliberalismus“ o.ä. - Doch die Adressaten schalten leicht ab, zumal dann, wenn sie immer wieder, zum Teil dutzendfach dasselbe Thema antreffen. Das erinnert an die Langreden unseligen Angedenkens, die wie erfunden waren, um ihr Publikum zu entmutigen. Wiederholungen dieser Art, von denen es im vorliegenden

¹ Teil des InkriT-Gutachtens vom Januar 2002 zur PDS-Programmdiskussion (auf Grundlage des Entwurfs vom Sommer 2001).

Entwurf wimmelt, sind ein Musterbeispiel ungewollter Stillstellungs- oder Passivierungs rhetorik. Sie stumpfen ab und schlafen ein. Schlimmer: sie machen Schule. Die Aktivisten, wenn sie sich irgendwo in der Gesellschaft einmischen, könnten glauben, das wäre die angebrachte Kommunikationsweise.

Umfang. Er dürfte maximal die Hälfte des jetzigen Entwurfs betragen, eher noch weniger.

Konstruktives vorweg

Tucholsky, der unter mehreren Pseudonymen schrieb, fingierte einen Leserbrief an eine der Gestalten, hinter denen er sich verbarg, mit dem zum geflügelten Wort gewordenen Ausspruch: „Wo bleibt das Positive, Herr Panther?“ Ähnliches mögen die Adressaten der folgenden Kritik empfinden, zumal diejenigen, die bereits viel Arbeit in die Programmdiskussion investiert haben. Da das meiste der im folgenden punktuell-exemplarisch formulierten Kritik negativ ist, werden sie sich kaum mit der Auskunft beruhigen, das Positive lasse sich aus der bestimmten Negation gewinnen, obwohl das durchaus so ist. Daher sei pauschal vorweggenommen, was am hier zu besprechenden Entwurf positiv ist.

Es ist goldrichtig, die Spannung zwischen utopisch anmutender Vision und tatsächlicher Politik- und damit auch Koalitionsfähigkeit produktiv zu machen und auf keinen Fall den einen Pol dem anderen zu opfern. Es ist richtig, das für die Gegenwart zu aktualisieren, was Rosa Luxemburg einst „revolutionäre Realpolitik“ genannt hat und was in der Sprache der westdeutschen Jungsozialisten „system-überwindende Reformen“ hieß - auch wenn die Worte heute andere sein mögen.

Richtig ist es, klar auszusprechen, wie der vom *Manifest* vorausseilend beschriebenen Vollendung des kapitalistischen Weltmarkts heute unter dem Namen „Globalisierung“ täglich mehr Realität zuwächst.

Richtig ist zumal, keinen Moment die Augen davor zu verschließen, dass wir im Kapitalismus leben und dass ohne kritische Theorie des Kapitalismus noch nicht einmal liberale Demokratie, geschweige denn sozial-ökonomische und oberflächliche Reformpolitik realitätstüchtig betrieben werden kann.

Richtig ist es aber auch, den Antikapitalismus durch den Filter der Erfahrungen zu schicken, die im 20. Jahrhundert mit ihm gemacht worden sind. Grundrichtig ist daher, mit dem Programm die Lehren zu ziehen aus der geschichtlichen Katastrophe,

zu der die - unterm Einfluss des Imperialismus und seiner Weltkriege zustande gekommene - Trennung von Kommunismus und Demokratie geführt hat. Rosa Luxemburgs „Kein Sozialismus ohne Demokratie, keine Demokratie ohne Sozialismus“ ist die geeignete Richtlinie für ein Programm des demokratischen Sozialismus. Richtig ist es, rechtsstaatliche Verhältnisse parlamentarischer Demokratie mit der Achtung vor den Menschenrechten und dem Schutz von Minderheiten fundamental zu bejahen und den Ausbau, die weitere Demokratisierung und demokratische Ergänzung dieser Errungenschaften der bürgerlichen Revolutionen ins Programm zu schreiben.

Richtig ist es, mit Marx Verhältnisse anzustreben, in denen „die freie Entwicklung jedes (Individuums) die Voraussetzung für die freie Entwicklung aller ist“. Richtig ist der kategorische Imperativ, die Veränderung aller Verhältnisse anzustreben, in denen Menschen aufgrund ihrer Klassenlage oder 'Rasse', ihres Geschlechts oder ihrer sexuellen Orientierung, ihrer ethnischen Zugehörigkeit oder Religion (soweit diese nicht die Prinzipien der Rechtstaatlichkeit, der Gewaltfreiheit und der Demokratie negieren) benachteiligt oder gar verfolgt, unterdrückt und gedemütigt werden. Richtungsgebend ist schließlich das marxsche Postulat, dass keine Klasse, keine Nation, noch nicht einmal alle Nationen zusammen das Recht haben, sich als Eigentümer der Erde, der Lebensgrundlage der heutigen und künftigen Menschen aufzuführen; sie sind nur die vorübergehenden Besitzer, die die Pflicht haben, sie den kommenden Generationen verbessert zu hinterlassen.

Anders als Marx dachte, erscheint die Einlösung all dieser Sätze heute in utopische Ferne gerückt. Das muss nun aber ebenfalls gesagt werden. Angesichts der Verhältnisse scheint es wachsamen Beobachtern, dass selbst die liberale Demokratie noch nie so gefährdet war wie in der Welt von heute, ja dass das Überleben der Menschheit selbst zur Utopie geworden sei.

Interessant am jetzigen Entwurf sind vor allem diejenigen Abschnitte, wo der Widerspruch zwischen den Potenzialen der technisch-zivilisatorischen Entwicklung im Kapitalismus und ihrer Fesselung, ja Umlenkung ins Destruktive analysiert wird. Gut ist die Erinnerung an das von Marx gesehene Paradox, dass jedes Ding mit seinem Gegenteil schwanger geht. Erst recht gut ist es, die gegenwärtigen gesteigerten Gestalten dieses Paradoxes klar zu benennen. Es ist gut, entsprechende Forderungen - etwa nach Schaffung der Bedingungen für lebenslanges Lernen tendenziell aller - klar in die Analyse eingebettet aufzustellen.

Anders als jetzt sollten solche Gesichtspunkte der Spannung und Widersprüchlichkeit strukturbildend genutzt, nicht nur beiläufig eingestreut werden. Dass es auf Existenzfragen der Menschheit heute keine Antworten gibt, sollte nicht mit Hilfe von Scheingewissheiten vertuscht, sondern ausgestellt und mit der durchgängigen Einbeziehung der Adressaten verknüpft werden. Forderungen, die durch keine noch so revolutionäre Realpolitik eingelöst werden könnten, haben kein Recht. Illusionismus und spätere Abspaltungen sind die Folge, wenn man im politischen Nahbereich Forderungen aufstellt, bei denen die Rechnung völlig ohne die Weltwirtschaft gemacht (und zur Vorsicht auch gar nicht vorgerechnet) wird.

Im Gegensatz zu früheren Programmen der Arbeiterbewegung können wir im gegenwärtigen geschichtlichen Moment nicht mehr (vielleicht auch: noch nicht wieder, auf andere, heute noch ungekannte Weise) proklamieren, was zu geschehen hat. Wir sind welthistorisch Ernüchterte. Unsere Hände sind leer, was eine realisierbare Systemalternative angeht. Eher rufen wir all diejenigen zu gemeinsamem Handeln, die wie wir mit Walter Benjamin einsehen: „Dass es so weitergeht, ist die Katastrophe.“

Mit diesen Einschränkungen können wir sagen: Wir treten ein für eine demokratisch-soziale und ökologische Wende auf Grundlage der diesbezüglichen Möglichkeiten der Hochtechnologien.

Doch nun zur Arbeit des Negativen. Sie ist unvermeidlich de-konstruktiv. Die Herausforderung besteht darin, sie konstruktiv zu nutzen.

Theorie des gegenwärtigen Zeitalters

Es mag Gründe geben (gibt es sie?), den Epochenspruch des Fordismus zu vermeiden - obwohl er sich über Fließbandarbeit und Rationalisierung einprägsam einführen und mit der automatisierten Produktionsweise auf Basis des Computers + vollendeter Mechanisierung kontrastieren ließe. Schwammig und irreführend wird es, wenn die Ausdrücke „Nachkriegsordnung“ und später „Nachkriegskapitalismus“ ein Stück weit die Funktion übernehmen, die der Benennung der Produktionsweise zukäme. Fordismus prägt zwei Drittel des 20. Jahrhunderts, ist nicht erst „Nachkriegskapitalismus“.

Was soll es heißen, Ende der 60er Jahre habe „eine tiefgreifende Krise aller Wirtschaftsformen und der gesamten internationalen Nachkriegsordnung“

eingesetzt“? Staatssozialismus und Kapitalismus sind Gesellschafts- nicht bloß Wirtschaftsformen. Die Krise, die gemeint sein kann, ist vermutlich die des Fordismus.

Etwas später ist die Rede vom „kapitalistischen Wohlfahrtsstaat“ und seiner „langen Phase der Prosperität“. Doch in der Bundesrepublik herrschte diese Phase unangefochten von ca. 1955 bis 1967, das sind mal gerade 12 Jahre. Selbst wenn man das auf 15 Jahre ausdehnt, ist dies nicht viel mehr als die Phase der US-Prosperität unter Clinton.

„Industrielle Massenproduktion materieller Güter und private Massenkonsumtion waren hervorstechende Merkmale dieses Kapitalismus.“

Ohne die w.o. angemahnte Skizze der rationalisierten Fließbandproduktion bleibt das in der Luft; „privater Massenkonsumtion“ ist ein Unbegriff: haben die Privatleute eine Masse konsumiert? oder hat eine Masse von Privatleuten etwas zu konsumieren gehabt? will man sagen, sie hätten in Massen privat statt öffentlich konsumiert? - Ferner: produziert man heute weniger materielle Güter? Sind Film, Bildzeitung und Computerspiele weniger materiell als Halma, Mensch ärgere dich nicht und Skat? Oder hat man damals keine Erfindungen gemacht? Gab es kein Patentwesen? Kein geistiges Eigentum?

„Der Wohlstand wurde mit dem Festhalten an patriarchalen Verhältnissen bezahlt.“

Nein, es war die Zeit des Aufbaus des „Wohlfahrtsstaats“, der nämlich zu großen Teilen staatliche Frauenarbeitsplätze in allen möglichen administrativen, lehrenden, heilenden usw. Berufen schuf. Das ist ja der Grund, warum die „postfordistische“ und „neoliberale“ Staatsreduktion vor allem Frauen trifft, weil dieser Sektor schrumpft.

Die „hochtechnologische“ Produktionsweise wird wiederum durch die Hintertür und in Verbindung mit dem Wettrüsten eingeführt - d.h. eben NICHT wirklich eingeführt.

Was dann als Bestimmung der „neuen Form des Kapitalismus“ angegeben wird, lässt sich ebenso von Phasen des späten 19. oder beginnenden 20. Jh. sagen, dass Wirtschaft und Gesellschaft der Maximierung von Profiten untergeordnet wurden usw., dass Finanzspekulationen blühten.

„Wandlungen der Bedürfnisse [...] haben eine Revolution der technologischen Produktionsweise [...] vorangetrieben“

Zumindest in der Geschichte des Kapitalismus ist es umgekehrt, die Bedürfnisse müssen der Produktionsweise folgen, nicht die Produktionsweise den Bedürfnissen. Es sei denn, man dehnt den Begriff der Bedürfnisse auf die „rastlose Bewegung des Gewinnens“, den „absoluten Bereicherungstrieb, diese leidenschaftliche Jagd auf den Wert“ aus, von denen Marx spricht.² Oder man meint die „Bedürfnisse“ der Kriegsführung, wie ja in der Tat entscheidende Innovationen - vom Computer bis zur Teflonpfanne - als *spin off* militärischer Forschung ins Dasein getreten sind. Neue Arten oder Generationen von Geräten werden nicht wegen der Bedürfnisse der „Verbraucher“ eingeführt, sondern weil bzw. wenn der Markt mit noch fungierenden der alten Generation vollgestopft ist. Dass der Markt stets den Bedürfnissen folge, ist Ideologie. Ferner: „technologische Produktionsweise“ ist eine Phrase. Vielleicht meinte man die technologische Seite der Produktionsweise (unter Abstraktion von den Produktionsverhältnissen). Wenn, dann sagen! Aber im Grunde musste von der Entwicklung der Produktivkräfte gesprochen werden.

„Informations- und Kommunikationstechnologien lösten die industrielle Maschinerie als Grundlage moderner Produktion ab.“

Das ist zumindest missverständlich. Die mechanisierte („materielle“) Produktion bleibt selbstverständlich die Grundlage (würden sonst Kriege ums Erdöl geführt?). Hinzu kam die Automationstechnik mit dem Computer im Zentrum.

„Auf die Ökonomie der physischen Produktion folgt die Ökonomie von Information und Kommunikation.“

1. ist auch die Produktion von ‘Kommunikation’ etwas Physisches - der Gegenbegriff wäre das Hyperphysische (Übernatürliche).
2. Wurden in der Geschichte der Menschheit noch nie so viele ‘materielle’ Industriegüter erzeugt (z.b. Autos) wie heute.

„Wichtigste produktive Kraft des neuen Kapitalismus sind die Wissens- und Informationsarbeiterinnen“.

Das Heer der Chemiker und Ingenieure aller Arten, die - auf Grundlagenforschung basierend - die wissenschaftlich-technischen Revolutionen seit Ende des 19. Jahrhunderts betrieben haben, wussten nur noch nicht, dass sie „Wissens- und

² Karl Marx, *Das Kapital*, I, MEW 23, 168

Informationsarbeiterinnen“ waren. Modischer Sprachschaum aus der kurzen Zeit, da die „Neue Ökonomie“ als Hoffnungsträger galt, verunklart hier das, worum es doch gehen muss: Trennscharf das Neue (und Handlungsrelevante!) herauszuarbeiten.

„Selbstverwaltung und Mitbestimmung werden zu technologischen Erfordernissen“

Das muss erklärt werden! ist in der Automationsforschung der 70er und 80er Jahre herausgearbeitet worden. Daher darf Automation nicht übersprungen werden.

„Leistungen der Informationsarbeiterinnen [werden] ungleich gegen Geld getauscht“.

Ist das qualitativ gemeint? Dann ist jeder Tausch ungleich (man tauscht doch nicht Gleches gegen Gleches). Wenn es quantitativ gemeint ist - heißt das, sie kriegen weniger, als sie dem Produkt durch ihre Arbeit Neuwert hinzugefügt haben? Das kennzeichnet alle Lohnarbeit.

Versäumt wird die Einführung der neuen ökonomischen Akteursformen, von den Scheinselbständigen bis zu den „Selbstunternehmern“.³

„Die großen Konzerne des neuen Kapitalismus planen die Entstehung neuer Märkte und versuchen in Kooperation mit staatlichen Akteuren, diesen Prozess abzusichern.“

Das war so um 1900. Unspezifisch.

„Drohte schon der Industriekapitalismus die Ressourcen der Natur aufzuzehren, so beutet der Informationskapitalismus auch die kulturellen Ressourcen aus.“

Hier wird suggeriert, dadurch würden auch die kulturellen Ressourcen aufgezehrt. Wenig später erfährt man aber, dass dem gerade nicht so ist. Sie werden nicht weniger durch ihre Nutzung.

Widersprüchlichkeiten

³ Vgl. hierzu W.F.Haug, „Prolegomena zu einer Kritik der neuen Ökonomie“, in: Das Argument, Nr. 238, 42. Jg., 2000, H. 5/6619-45.

SED-Nachfolgepartei. – Wenn die geschichtliche Chance wahrgenommen werden soll, eine gesamt-deutsche sozialistische Partei links von der in die Mitte gerückten SPD zu etablieren, ist es ein Widerspruch, fortwährend "Wir" zu sagen, wenn von der SED-Vergangenheit die Rede ist. Natürlich muss sich das Programm von vergangenen Fehlentwicklungen abheben und sich als geschichtliches Lernergebnis präsentieren. Es darf aber nicht sprachlich das Subjekt einseitig auf die alte SED vergattern. Schließlich sind viele ehemalige Dissidenten aus dem Osten heute besonders wichtig als Mitglieder und Sympathisanten, und das allmählich sich annähernde westdeutsche Wähler- und Mitgliederpotenzial würde sich als ausgeschlossen vom demokratisch-sozialistischen Wir empfinden. Eine Fehlergeschichte ist übrigens auch die des westlichen Linksektierertums. Die Abwendung von demselben und das Lernen aus seinen Fehlern, gleichwohl auch das Erben bestimmter Motivationen könnte mitgedeutet werden.

Eigentum. - Der Entwurf arbeitet nicht die Widersprüche (bis hin zu Antinomien) der Eigentumsfrage heraus, sondern äußert sich widersprüchlich (ungereimt) dazu. Das proklamierte „Recht auf Eigentum“ ist unvereinbar mit der „demokratischen [...] Verfügung über Eigentum“. Gemeint ist ja Privateigentum; dessen Sinn ist nun einmal das Recht, die andern von der Nutzung auszuschließen. -- Da Eigentum das entscheidende Zugangsmittel zu den „wichtigsten Gütern der Gesellschaft“ ist, kommt es auf die Forderung ‘gleiches Eigentum für alle’ hinaus, wenn gleicher Zugang zu jenen Gütern proklamiert wird; hier wäre eine Präzisierung angebracht.

Kapital. - Es ist ein Widerspruch, das Kapital gleichzeitig zu akzeptieren und die „Emanzipation der Produktionsweise [...] von der Herrschaft der Interessen des Kapitals“ zu proklamieren.

Produktivkräfte. – Es ist ein Widerspruch, gleichzeitig den hochtechnologischen Wandel auf seine Chancen zu befragen (was richtig ist!), und die Gentechnologie, d.h. die wissensbasierte vermutliche Schlüsseltechnologie des 21. Jahrhunderts, auszuschließen.

Thematische Einzelstichwörter

Adressaten. - Die Arbeit der PDS „hat einen entscheidenden Gegenstand: die Probleme der Bürgerinnen“ - Subjekte, nicht Objekt aus den Menschen machen!

Allgemeine Arbeit. - Dieser Begriff wird jetzt für 'geistige Arbeit' verwendet. Definition: Allgemeine Arbeit ist „Arbeit die immaterielle Güter bereitstellt“. Das verwechselt die stoffliche mit der formellen Seite. Ein Lehrer, der für eine kapitalistische Privatschule arbeitet, leistet Lohnarbeit. „Allgemeine Arbeit“ ist dagegen solche Arbeit, deren Produkt unmittelbar Allgemeineigentum ist. Zu „geistigem Eigentum“ führende Arbeit ist private Arbeit. Der Satz „Die kapitalistische Monopolisierung von Wissen lehnen wir ab“ müsste übersetzt werden in eine Kritik des geistigen Eigentums. Dabei wird dieses Wissen nicht monopolisiert, nur seine Nutzung; die Nutzer müssen eine Lizenzgebühr an den Eigentümer zahlen (manche sprechen von 'Informationsrendite'). - Im Entwurf wird den Produkten geistiger Arbeit falsch-metaphysisch ein „Wesen als öffentliche Güter“ zugeschrieben. Schön wär's - oder auch nicht. Auch rassistische Theorien sind natürlich Produkte geistiger Arbeit, die überhaupt als solche nichts wesensmäßig Gutes sind. (Siehe auch *immateriell*)

Angriffswaffen. - Sind letztlich nicht von Verteidigungswaffen zu unterscheiden. Die Forderung, sie zu verbieten, daher sinnlos. Wenn man ABC-Waffen und Personennenminen (typische Verteidigungswaffen) verbieten will, muss man es sagen.

Eurokurs. - „eine engere Bindung von Dollar- und Euro-Kursen“ ist keine sinnvolle Forderung. Auch gibt es zwischen den beiden Währungen je nur einen einzigen Kurs.

Gegenbewegungen. Sind als solche nicht gut. Vgl. Islamismus. Auch die Neonazis sind eine Gegenbewegung.

Gesellschaftsvertrag. - „Ziel ist ein neuer Gesellschaftsvertrag“, heißt es anklagend vom (sozialdemokratisch moderierten) Neoliberalismus - statt ins Ringen um einen solchen einzutreten. „Es ist ein modifizierter Herrschaftsvertrag.“ Seminarsprache. Erklärung, was der Unterschied, oder weglassen.

*Gleichheit*⁴. - „Ohne Gleichheit ist Freiheit nur die Kehrseite von Ausbeutung.“ Man darf von Gleichheit nicht sprechen, ohne die Parameter anzugeben: worin, in welcher Hinsicht gleich. Chancengleichheit ist etwas anderes als Gleichheit des Einkommens, des Lebensstils oder des Status. „Freiheit und Gleichheit haben eine gemeinsame Wurzel - Solidarität.“ Wenn das so ist, muss es argumentativ aufgewiesen, nicht apodiktisch behauptet werden. Zunächst einmal werden hier Widersprüche scheinhaft unter einen Hut gebracht. - Den „Zugang zu den Grundbedingungen individuellen Lebens egalitärer gestalten“ verkennt die Verschiedenheit, Pluralität, die an anderen Stellen als Zielwerte genannt werden.

⁴ Vgl. hierzu die Artikel *Gleichmacherei* und *Gleichheit* in *Historisch-kritisches Wörterbuch des Marxismus*, Bd. 5.

Globalisierung. - Der Kampf gegen Globalisierung hat keinen Sinn. Man muss der neoliberalen Entgrenzung des Weltmarkts und der neoimperialistischen Globalisierung den Kampf ansagen und für eine Globalisierung-von-unten eintreten. Es gilt, die Globalisierung zu demokratisieren und zu humanisieren. Es geht um eine solidarische Globalisierung bzw. Globalisierung der Solidarität.

Grundsicherung. - Wenn die Forderung nach „bedarfsorientierter (Kriterien? wer bestimmt, was das ist?) sozialer Grundsicherung“ unterstützt werden soll, so darf das nicht durch die Hintertür kommen, sondern muss eingeführt werden.

Immateriell. - Fast immer falsch, im Sinne des Alltagsverständs verwendet, weil mit „nicht-dinglich“, „nicht-anfassbar“ verwechselt. Der Satz: $E = MC^2$ fällt ins Materielle. „Materiell“ ist, was außerhalb unseres Bewusstseins existiert, was nicht aufhört zu existieren, wenn ich aufhöre, es mir vorzustellen. Immateriell kann man das nennen, was ich im Kopf habe, obwohl mein Kopf und was in ihm vorgeht selbst wiederum materiell existieren. Zudem kann man einen Begriff, der wie dieser in einem besonderen politischen Kontext (hier den Postoperaisten, die in Italien auch die *smaterialisti*, die Immaterialisten genannt werden) Zulauf findet⁵, nur dann übernehmen, wenn man diesen Kontext sei es komplett integrieren, sei es kritisch durcharbeiten und assimilieren will. Das jenes nicht gewollt und dieses nicht geleistet werden kann, fort mit dieser Phrase. Statt dessen von „intellektuell“ oder „geistig“ sprechen. (Siehe *allgemeine Arbeit*)

Imperial. - „Imperiale Sicherheitspolitik untergräbt die Grundlagen gemeinsamer Sicherheit.“ - Ist imperialistisch gemeint? Wenn der aktuelle Anti-Terror-Krieg der USA gemeint ist, so muss die Widersprüchlichkeit herausgearbeitet werden, dass wahrscheinlich eine ‘imperiale’ Politik dieses Zuschnitts das Vehikel ist, auf dem auch Kämpfe um Zivilisierung der Weltverhältnisse kommen können.

Intellektuelle. - Es ist ein vollkommen antiquierter (im Grunde noch die „Intelligenzia“ meinender) Intellektuellenbegriff, wenn man am Ende einer langen Reihe von Bewegungen, mit denen man zusammenwirken will - von den Gewerkschaften bis zu indigenen und religiösen Bewegungen -, nach „Künstlerinnen und Künstlern“ als letzte auch noch die Intellektuellen nennt. In Wahrheit sind es die Gewerkschaftsintellektuellen und die aller anderen Bewegungen, die angesprochen werden. Intellektuelle sind nicht = Akademiker, auch keine eigene Bewegung, sondern Individuen, die sich als Sprecher und Organisatoren („Artikulatoren“) sozialer und politischer Gruppen betätigen.

⁵ Zur Kritik vgl. die Beiträge in *Das Argument* 235, 42. Jg., 2000: *Immaterielle Arbeit*.

Kampf. - Vorsicht vor inflationärer Verwendung. Und nie von Kampf sprechen, ohne vom Wie des Kämpfens und von den Formen des Kämpfens zu sprechen. „Entschlossener Kampf“ ist vollends eine Phrase - was sollte ein unentschlossner Kampf sein?

Konsumismus. - „nicht Konsum als Selbstzweck, sondern Befriedigung menschlicher Bedürfnisse“ - das ist ein schlecht-agitatorischer Schein-Gegensatz. Wer konsumiert wird nicht das Gefühl haben, um des Konsumierens willen zu konsumieren. Dahinter lauert ein verschämt-erziehungsdictatorisches (edukationistisches) Besserwissen: ‘Wir wissen im Unterschied zu euch, was eure wahren Bedürfnisse sind.’

Kultur. - Es ist falsch, „Kultur“ immer als höhere Kultur, gleichsam als etwas Sonntägliches aufzufassen. Der Satz: „Vielen ist der Zugang zu [...] Kultur verwehrt“ ist gedankenlos. Essen die Vielen nicht mit Messer und Gabel? Können sie nicht sprechen? Kennen sie kein Inzesstabu? Haben sie keine Moral? Sehen sie nicht fern? Kurz, sind sie nicht „enkulturiert“, wie die Soziologen sagen, und konsumieren sie nicht die Produkte der Kulturindustrie? Usw. usf. - Das Gemeinte muss gesagt werden.

Kulturkapitalismus. - Welchen Sinn hat die Rede vom „heraufziehenden Kulturkapitalismus“? Ist denn die vor 60 Jahren analysierte Kulturindustrie - mit Hollywood als ihrem Mekka - etwa kein Kulturkapitalismus? Warum zieht der jetzt erst herauf?

Lebenswert. - Dieses Wort wird grundsätzlich problematisch verwendet. Was soll z.B. eine „lebenswerte irdische Natur“ sein? Das Gegenteil wäre eine „lebensunwerte“. Die Nazis sprachen vom „lebensunwerten Leben“, das meinte: zur Vernichtung bestimmte Individuen. Vielleicht kann man wirklich von einem „lebenswerten Leben“ (ein Leben, das wert ist, gelebt zu werden) sprechen. Doch „lebenswerte Gesellschaft“ oder „lebenswerte Umwelt“ sind unsinnige Zusammenziehungen. Man muss einen kleinen Umstand mehr machen und etwa von Bewohnbarkeit sprechen oder davon, dass Gesellschaft (oder anders auch die Umwelt) als Bedingungen der Möglichkeit eines menschenwürdigen Lebens zu erhalten bzw. zu gestalten sind.

Libertär. - Gruppensprache. Warum nicht mit Freiheit arbeiten?

Müssen. - Etwas *muss so und so sein* oder *hat zu geschehen* oder *ist zu machen* ist eine veraltete Proklamationssprache. Etwas anderes ist, wenn eine Partei sich verpflichtet oder verspricht, sich für ein Ziel einzusetzen.

Nato. - „... militärische Hegemonie der USA und der Nato“ - ist seit dem 11. September 2001 veraltet. Die USA führen den „Weltkrieg gegen den Terror“ allein, unter Hinzuziehung aller möglichen Satrapendienste. Die Nato hat den Verteidigungsfall ausgerufen, konnte dann aber nichts mehr machen. Manche ihrer Mitglieder drängten sich einzeln zu Hilfsdiensten.

Nord/Süd. - Nie vergessen, dass etwa China, Vietnam usw., im Norden liegen, Australien, Neuseeland und etwa Singapur im Süden. Die größte deutsche Industrieansiedlung findet sich auf der Südhalbkugel, in São Paulo. Besser, inhaltliche Kategorien zu bringen.

Ökologie. - „Ökologisierung der Gesellschaft“ ist wiederum Schlagwort. Was man ökologisch gestalten sollte, sind die gesellschaftlichen Naturverhältnisse (in Produktion und Konsumtion). Anders klingt das nach Öko-Totalitarismus.

Ökonomische Gewaltenteilung. - Wenn man das zur Forderung erhebt, muss man es klar ein- und ausführen. Es könnte sein, dass das nicht geht, dass allenfalls Sozialpartnerschaft mit Doppelmachtzügen herauskäme. Dann wärs eine Phrase.

Sachzwänge. - „sind Zwänge, die sich aus der Übermacht der einen und der relativen Machtlosigkeit der anderen ergeben“ - falsche Definition. Es sind systemische Resultanten, denen auch die stärksten Einzelakteure unterliegen können. Andererseits können die ökonomisch Mächtigsten zusammen mit Regierungen (z.T. auch gegen Regierungen) Sachzwänge entfesseln. Marx lässt die Marktzwänge im Fetischcharakter der Ware wurzeln: Die Macht derer, die die Waren gemacht haben, kommt ihnen aus dem Markt zurück als die der unabhängig von ihrem Willen und ihren Einflussmöglichkeiten sich ereignenden Ware-Geld-Bewegungen mit ihren Schwankungen.

Unhistorische Verallgemeinerungen. - Die „Mittel müssen den Zielen von Gewaltfreiheit [...] entsprechen“ - wollen wir nachträglich die 1848er ausschließen? die gegenwärtige protorevolutionäre Bewegung in Argentinien? die Intifada? die gesamte Revolutions- und Befreiungsgeschichte? Es versteht sich, dass unser Akzent auf zivilgesellschaftlichen Formen liegt; aber sollen wir ein für alle Male etwa antirassistische, antifaschistische ‘Gewalt’ verurteilen? Da wäre zuerst die Definitionsmacht, was jeweils ‘Gewalt’ ist, zu hinterfragen. Z.B. werden juristisch gewaltfreie Blockaden inzwischen als „Gewaltakte“ behandelt. Die von der CDU/CSU betriebene Kampagne zur nachträglichen Kriminalisierung der 68er Bewegung (nachdem man die DDR 10 Jahre lang kriminalisiert hatte) zeigt, wie man hier unversehens der Geschichtspolitik der Rechten zuarbeiten kann.

Vergesellschaftung. - Die Rede von „realer Vergesellschaftung“ oder von „tatsächlicher Vergesellschaftung“ verkennt, dass Vergesellschaftung über den Markt ebenfalls real ist. Man versteht, dass bei jener Rede Vergesellschaftung im Gegensatz zu Verstaatlichung gemeint ist; doch mit den Wörtchen „real“ und „tatsächlich“ kriegt man diese Bedeutung nicht.

Werte. - „Sozialismus ist für uns ein Wertesystem“ - das System hat hier keinen Sinn, weil es unhistorisch ist; und statt von Werten sollte von Zielen und Handlungsorientierungen, Interessen, Bestrebungen u.ä.m. gesprochen werden. Solidarität ist kein Wert, auch wenn sie etwas Wertvolles ist, sondern eine Orientierung und ein Versprechen, das wir uns gegenseitig geben.

Zivilgesellschaft. - Ist kein normativer Begriff. Hat allenfalls eine Affinität zur Demokratie. Umfasst aber auch antisemitische Burschenschaften und Schützenvereine. Es hat aber einen Sinn, den Sozialismus "zivilgesellschaftlich" zu fundieren - d.h. nicht primär administrativ- und gewaltstaatlich. - „Sie (die PDS) wird als Partei im Dienste der Zivilgesellschaft wirken.“ Das wäre, nach obiger Einschränkung, zu fundieren.

Unklarheiten

„Teilschritte in der Reformpolitik der PDS können zwiespältige Wirkungen haben.“

In wiefern?

„Menschen [sollen] den freien Zugang zu den Bedingungen freier Entwicklung moderner Gesellschaften erhalten“?

Was soll das heißen ?

Emanzipationsbewegungen „ergriffen die Position ausgebeuteter [...] Klassen“ - schon wieder das „Von außen“ Kautskys und Lenins? Dagegen Brecht (nach dem *Manifest*): „Es kann die Befreiung der Arbeiter nur/ Das Werk der Arbeiter sein.“ Oder Peter Weiss: „Wenn wir uns nicht selbst befreien, bleibt es für uns ohne Folgen.“

„Demokratisierung des gesamten Bildungswesens“ –

Was soll das heute konkret heißen?

Ziele ohne Weg und Wie

„demokratische Kontrolle der Banken, Versicherungen und Großbetriebe“

Das konkrete Wie und Was konkrete Wie und Was erläutern.

„statt sie profitbestimmten Weltmarktzwängen anzupassen“

Wenn es Zwänge sind, muss man sich ihnen anpassen, solange man ihren Zwangcharakter nicht zu brechen vermag. Im Übrigen unter Wirklichkeitsbeschreibung diese Zwänge und das Schrumpfen des den Nationalstaatsregierungen verbleibenden Handlungsspielraums analysieren. Keine falschen Hoffnungen wecken.

Exemplarische Beispiele phrasenhafter Rede:

„Öffnung in die Gesellschaft hinein“

ist unfreiwillig komisch. Hat eine Flasche eine Öffnung ins Glas hinein?

„Es ist eine erschreckende Tatsache, dass für viele Millionen Menschen Krieg eine Realität ist.“

Es reicht, von der Tatsache zu sprechen; man muss nicht sagen, dass es eine ist. Tatsache! Und es ist wahr, die hier bezeichnete ist erschreckend; gerade daher muss man es nicht sagen. Der Krieg verliert an Schrecken, wenn man es für nötig hält, ihn erschreckend zu nennen.

„Dies ist unsere radikal sozialistische Position zu Macht und Eigentum.“

Wer's nicht gemerkt hat, wird es auch bei solchem Klopfen auf die eigne Schulter nicht glauben.

„Wir setzen uns dafür ein, dass alle Menschen [...] jenes Eigentum und jene Macht in die Hände bekommen, die sie in die Lage versetzen, selbstbestimmt, frei und solidarisch über die Gestaltung ihrer gesellschaftlichen Lebensbedingungen zu entscheiden.“

Schlecht-rousseauistische Lyrik. Nüchtern besehen; können alle höchstens teilhaben an der Gestaltung der gemeinschaftlichen Lebensbedingungen. Aber sie können das

nicht (je für sich) selbst bestimmen. Bescheidener, dafür treffsicher formulieren ist viel stärker. Eine Freibier-für-alle-und-von-jetzt-an-immer-Partei wäre ein Schwindel. Hier ist zudem übersprungen, dass eine Partei viele Interessen und Ansichten bündeln muss und dass die gebündelten dabei allesamt Federn lassen müssen. Ferner strebt die Partei nach Regierungsmacht und wird dann nur Machbares machen können, bei dessen Bestimmung sie so wenig frei ist wie der Senat von Berlin beim Schuldendienst. Wann immer der Mund zu voll genommen wird, hat man Glaubwürdigkeit verloren.

„...so entsteht ein neuer Totalitarismus der Herrschaft transnationaler wirtschaftlicher und politischer Gruppen“

Starkes Wort, unabgedeckt als Begriff, kurz: eine Phrase.

„leisten wir gemeinsam mit europäischen und anderen sozialen Bewegungen Widerstand“

Europäisch = sozial? Unfreiwillige Komik.

„Wir arbeiten an dem Aufbau eines Reformbündnisses der tatsächlichen sozialen [...] Erneuerung“

Phrase, solange nicht gesagt wird, was die Grenze zwischen tatsächlicher und tatsächlich illusionärer Erneuerung ist.

„Sozialistische Politik gründet in dem Widerspruch zwischen den Interessen der herrschenden Mächte und den Interessen der von ihnen Abhängigen“ usw.

Gegensatz, nicht Widerspruch! Der Antagonismus als solcher ist noch kein Widerspruch.

„Die Allmacht des organisierten großen Kapitals zieht die Ohnmacht der Politik gegenüber der Wirtschaft zwangsläufig nach sich.“

In der Allmacht wäre die Ohnmacht der andern Instanz schon enthalten, zöge sie nicht erst nach sich. In Wahrheit ist aber auch das (wo? in welcher Form? und trotz Konkurrenz?) „organisierte große Kapital“ keineswegs allmächtig. Man muss es in seinen Widersprüchen zeigen. Gegen Allmacht wäre alle Gegenmacht vergebens.

„Wir halten unsere Forderung nach einem Recht der Frauen auf selbstbestimmte Schwangerschaft uneingeschränkt aufrecht.“

Fordern, nicht sagen, dass man fordert! Und schon gar nicht „uneingeschränkt“!

„Experimentieren mit Embryos...“

Mit embryonalen Stammzellen!

Durcheinander subjektiver und objektiver Bezüge

„Die Angst vor Gewalt wächst. Umwelt wird zerstört.“

Umwelt soll nicht zerstört werden. Die Logik der Serie verlangt, dass „Angst vor Gewalt“ nicht wachsen soll. – Besser wär's, durchgängig die objektive Sprache zu sprechen, aus der sich dann Forderungen ableiten.

Falsche Widerspruchsfreiheit

„Zugang zur Bildung für die Menschen...“

Dem für „die Menschen“ geforderten „Zugang zur Bildung“ steht entgegen, dass viele von ihnen kein Verlangen danach tragen. Das wird einmal, wo von der Schule die Rede ist, als Problem gestreift.

„Ein kleiner Teil der Weltbevölkerung eignet sich die große Masse der Rohstoffe und Umweltgüter an und vernichtet so rücksichtslos die Lebensgrundlagen der zukünftigen Generationen.“

Später kommt die Abholzung der Regenwälder. Das muss strukturell-widersprüchlich dargestellt werden. Gerade die Verelenden verbrauchen oft in ihrer Not rücksichtslos die Reproduktionsbedingungen ihrer Umwelt (Abholzung, Überausbeutung der Böden). Der gemeinte Schaden tritt also eher durch Nichthandeln der reichen Länder ein, als systemischer Effekt, Folge der Tatsache, dass es so gut wie keine sozial-produktive und umweltpolitische Handlungsfähigkeit auf Weltebene gibt. Einzig der Weltmarkt schlägt überall durch.

„...obwohl die materiellen Möglichkeiten zur Besserstellung der Benachteiligten erheblich gewachsen sind“

Wiederum den Widerspruch herausarbeiten, den man früher auf die Formel „öffentliche Armut - privater Reichtum“ gebracht hat. Die meisten Staaten und

Kommunen stecken in der Schuldenfalle, und der transnationale Sektor des Kapitals entzieht sich immer mehr der Besteuerung.

„Anpassung [...] an den [...] Standortwettbewerb [...]. Die [...] Lebensbedingungen werden dadurch jedoch gefährdet“

Durch Nichtanpassung noch mehr.

„steht die EU [...] als eine mächtvolle [...] Realität“

Eine Seite später heißt es:

„Die Nationalstaaten sind auch in Europa noch die entscheidenden politischen Räume“

In Wirklichkeit ist nur der Markt- und Währungsraum riesig; politisch ist Europa zersplittert, nicht viel mehr als ein Quoten- und Subventionsaushandelungsverein - Auch hier gilt es, den Widerspruch herauszuarbeiten und sich unumwunden zur Notwendigkeit eines europäischen Parlamentarismus zu bekennen und die traurige Farce einander wechselseitig belauernder Krämer anzuprangern.

Auch die Widersprüchlichkeit der Friedenspolitik: wird nicht herausgearbeitet. Wer „den Krieg endgültig vom europäischen Kontinent verbannt“, braucht die Macht dazu. Recht ohne Macht steht nur auf dem Papier. Macht baut sich weitgehend politisch auf, um sie geht es beim Ringen um Hegemonie. Doch was macht sie bei Bürgerkriegen mit den Bestialitäten ethnischer Säuberung? Auch wer die UNO sich der Macht einer Weltregierung annähern lassen will, müsste ihr die militärische Macht zugestehen, die der Friedenserzwingung dient. Der Pazifismus muss von der Ebene der Moral auf die politische Ebene gehoben werden. Das ist eine - gerade weil so widersprüchlich - wesentliche Erziehungsaufgabe eines demokratisch-sozialistischen Parteiprogramms.

Ferner dürfen die Widersprüche der ökologischen Wende nicht unterschlagen werden. Wenn Reduktion von Konsum verlangt wird, muss die Kettenreaktion analysiert werden, die jene Reduktion nach sich zieht. Ohne radikalen Umbau der Wirtschaft wäre sofort ungeheure Massenarbeitslosigkeit die Folge der Konsumverringerung. Der Umbau der Wirtschaft in einem einzelnen Lande würde zu Pol-Potismus führen. Usw. Nicht einfach das Blaue vom Himmel herab fordern. Widersprüche ausleuchten, auch sagen, wenn wir im Moment keine Antwort haben, und die Adressaten in die Suche einbeziehen.

„Wandel der Regulationsweise in der Bundesrepublik“

Einen „Wandel der Regulationsweise in der Bundesrepublik“ zu fordern, ist unsinnig, weil, wie woanders gesagt, bereits Zuständigkeiten nach Brüssel verlagert sind, und weil, selbst wenn man es machen könnte, die Folgen aufgrund der Wechselwirkung mit dem Weltmarkt verheerend für die Menschen dieses Landes wären.

Detailismus und Veralten

Der Entwurf sollte durchgekämmt werden auf Bezüge, die nur momentan aktuell sind. Auf keinen Fall Einzelheiten („Schengener Abkommen“, „Maastrich“, „Bildung der SPD-PDS-Regierung in Vorpommern“) beim Namen nennen, sondern inhaltliche Begriffe oder begriffene Inhalte dafür einsetzen und politische Forderungen daran knüpfen.

Das sozialdemokratische Mitte-Programm eines neuen Gesellschaftsvertrags „kann sich zur Zeit auf eine Mehrheit in der Gesellschaft stützen“ -

1. „zur Zeit“ ist giftig für ein Parteiprogramm (es muss zehn Jahre halten können); -
2. zur Zeit (Anfang 2002) ist es schon nicht mehr wahr.

Selbstgespräch statt politisch-soziale Programmatik

„Die Zwiespältigkeit des politischen Projekts der ‚Neuen Mitte‘ ist ein Ausgangspunkt unserer Politik.

Das gehört eher in die Selbstverständigung untereinander. Das Wie gehört ins Wahlprogramm. Vermutlich nichts davon ins Parteiprogramm.

„Politisches Handeln in der ‚Informationsgesellschaft‘ verlangt Kommunikationsfähigkeit.“

Richtig. Und zur Kommunikationsfähigkeit gehört, dass man entsprechend kommunikativ handelt, statt den guten Vorsatz ins Parteiprogramm zu schreiben.